

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

China und die Welt



Hegemon wider Willen?

China und seine Nachbarn

G2 im Pazifik

Deutsch-chinesische Beziehungen

China im globalen Süden

WeltBlick

Obamas Neustart

Blockfreie nach Teheran

Deutsch-kasachische Rohstoffe

Forum

Syria – What Next?

Streitplatz

Außenpolitik in Rot-Rot-Grün

Bücher & Tagungen

Inhalt

1

Editorial

4

WeltBlick

- 5 Obamas globale Strategie
Christian Hacke
- 13 Blockfreie in einer multipolaren Welt
Renate Wünsche
- 18 EU-Krise und polnische Migranten
Andrzej Sakson



23

Interview: Kasachstan – Rohstoffpartner Deutschlands

30

Zwischenruf: Atommacht Pakistan
von Wolfgang Schwarz

32

Thema: China und die Welt

- 35 Zurückhaltung üben!
Jisi Wang
- 48 China und seine Nachbarn
Xiaoming Zhang
- 53 G2 im Pazifik
Roland Benedikter
- 61 Afrika: Aus dem Osten was Neues
Henning Melber
- 69 Was macht China in Lateinamerika?
Ralf J. Leiteritz
- 78 Unsere eigene Menschenrechtspolitik
Yanhua Luo
- 85 Deutsch-deutsch-chinesische Beziehungen
Wolfram Adolphi
- 92 **Statistik: Chinas Außenhandel**





Nachruf auf Joachim Krüger
Erhard Crome und Jochen Franzke **95**

Historie: Les 50 ans du Traité de l'Élysée
Gérard Foussier **96**

Forum Syrien **100**

Syria – What Next? An Israeli Position **101**
Shmuel Bar

Streitplatz: Außenpolitik in Rot-Rot-Grün **108**

Ohne Bewegung geht es nicht **109**
Jan van Aken

Kein Linksreformismus ohne Selbstkritik **112**
Viola von Cramon

Ja zur Einheit im Widerstand! **115**
Christine Buchholz

Bücher und Tagungen **118**

Wiedergelesen: Wilhelm Röpke
 Die deutsche Frage **119**

Rezensionen **122**

Annotationen **132**

Neuerscheinungen **134**

Konferenzen **136**

Impressum **140**

Historischer November in Palästina
Kommentar von Salah Abdel Shafi **142**

Wort und Strich **144**

Ohne Bewegung geht es nicht

Rot-Rot-Grün ist noch keine Option

Jan van Aken

Rot-Rot-Grün steht derzeit nicht zur Debatte. Das haben bislang alle Kommentatoren auf diesem *Streitplatz* festgestellt. Einig sind sich alle darin, dass die inhaltlichen Schnittmengen zwischen den Parteien, die in dem zu diskutierenden Papier herausgearbeitet sind, wenig Prinzipielles beinhalten und kompromisshaft vage bleiben. Das ist nicht verwunderlich, wenn man Gemeinsamkeiten sucht, wo wenig Gemeinsames zu finden ist.

Dies gilt insbesondere für die Friedens- und Sicherheitspolitik, wo zwischen der Partei Die Linke auf der einen und SPD und Grünen auf der anderen Seite Welten liegen. Am offensichtlichsten ist dies bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Die Linke fordert nicht nur ein Ende der deutschen Beteiligung an Kriegseinsätzen, sondern macht dies auch zur Bedingung einer Regierungsbeteiligung. Das ist die rote Linie, welche die Partei Die Linke mit breiter Zustimmung ihrer Mitglieder gezogen und im Parteiprogramm festgeschrieben hat. Eine rot-rot-grüne Koalition steht schon deshalb überhaupt erst zur Debatte, wenn SPD und Grüne eine Abkehr von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vollziehen.

Die inhaltlichen Übereinstimmungen in der Außenpolitik sind aber auch unterhalb der Schwelle roter Linien überschaubar. Schon die in dem Diskussionspapier formulierten vermeintlichen Anknüpfungspunkte dürften kaum Mehrheiten in den drei Parteien finden, geschweige denn als Grundlage für eine Zusammenarbeit von Linken, Grünen und SPD dienen.

Keine NATO light!

Die Aufstockung finanzieller und personeller Mittel für den Zivilen Friedensdienst, eine europaweite Ausbildung und Koordinierung von zivilen HelferInnen, von militärischen Vorgaben unabhängige Struktur- und Aufbauhilfe – alles Forderungen, für die sich wohl Mehrheiten in den drei Parteien finden würden. Aber reicht das? Nein. Allein die Aufstockung von Mitteln und Personal macht noch keine Friedenspolitik aus. Was nützen 1.000 Friedensfachkräfte mehr, wenn die Menschen im Sahel aufgrund des Klimawandels in eine Hungersnot getrieben werden, während die Industrieländer



Jan van Aken MdB,
geb. 1961, außenpoli-
tischer Sprecher der
Fraktion Die Linke.
jan.vanaken@
bundestag.de

an ihrer umweltunverträglichen Produktion festhalten? Was nützt die Konzentration ziviler Mittel auf den Aufbau funktionierender Staatsorgane im Südsudan, wenn damit Korruption und ethnische Dominanz gesponsert werden, die interne Konflikte nur weiter befeuern? Was nützt die Stärkung ziviler Kapazitäten, wenn SPD und Grüne zwar den „Vorrang für Zivil“ proklamieren, aber die militärische Intervention als adäquates gleichwertiges Mittel der Friedenssicherung verstehen? „Vorrang für Zivil“, darüber darf sich niemand Illusionen machen, beinhaltet immer auch militärische Mittel.

Dasselbe gilt für die Frage kollektiver Sicherheitssysteme. So richtig es ist, den endgültigen Verzicht eines Raketenabwehrsystems zu fordern und die OSZE wiederzubeleben, so falsch wäre es, hierin die aus linker Sicht notwendige Neuausrichtung der kollektiven Friedenssicherung zu vermuten. Die OSZE wird so lange ein Schattendasein führen, wie an dem Militärbündnis NATO festgehalten wird. Es kann also nicht darum gehen, die Gewichtung zwischen militärischem (NATO) und zivilem (OSZE) Bündnis zugunsten des letzteren zu verschieben, wie die AutorInnen des Diskussionspapiers vorschlagen. Heraus käme bestenfalls eine NATO light. Dies mag für SPD und Grüne zufriedenstellend sein, die in der NATO-Mitgliedschaft ja immer auch den Nachweis der deutschen Bündnistreue sehen wollen. Die Linke hingegen will eine Auflösung der NATO und deren Ersetzung durch ein nicht-militärisches kollektives Sicherheitssystem.

Kollektive Friedenssicherung braucht keine militärischen Bündnisse, sondern einen friedlichen, gleichberechtigten und gerechten Umgang der Staaten mit- und untereinander. Hier gilt es, gemeinsame Grundsätze zu finden, die die völkerrechtliche Souveränität der Staaten respektieren und Konfliktverhütung als umfassende Aufgabe internationaler Politik verstehen – also eine gerechte, konflikt sensible Weltwirtschafts- und Sozialpolitik einschließen.

Mehr Trennendes denn Einendes

Ein Punkt, der in dem Diskussionspapier leider nicht mal am Rande erwähnt ist, sind die deutschen Rüstungsexporte. Der Export von Waffen und anderer Rüstungstechnologie in alle Welt ist für Die Linke aus friedenspolitischer Sicht nicht vertretbar. Deshalb fordern wir ein Verbot von Rüstungsexporten – ohne Ausnahmen. SPD und Grüne sehen das leider anders. Zwar kritisieren sie die derzeitige Regierungspolitik, etwa den geplanten

Export von Panzern nach Saudi-Arabien, stehen aber grundsätzlich hinter der bisherigen Rüstungsexportpraxis. Grüne und SPD sehen nur wenig Änderungsbedarf an den derzeitigen rechtlichen Grundlagen und halten daran fest, dass die unverbindlichen Kriterien für den Rüstungsexport nur etwas restriktiver ausgelegt werden müssten. Während die SPD bei den Rüstungsexporten alles beim Alten belassen will und lediglich mehr Transparenz einfordert, gehen die Grünen wenigstens einen Schritt weiter. Sie wollen immerhin keine Waffenfabriken mehr an Drittstaaten (außerhalb der NATO) exportieren. Aber schon die Forderung nach einem Verbot von Kleinwaffen – auf deren Konto weltweit die meisten Toten gehen – teilen sie nicht.

Zuletzt noch ein kritischer Blick auf den Sozialen Stabilitätspakt, den die Arbeitsgruppe in ihrem Diskussionspapier einfordert. Die AutorInnen kritisieren den EU-Sparzwang im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, weil er zum Teil zulasten von Zukunftsinvestitionen gehe, etwa auf Kosten von Bildung und Gesundheit. Als Konsequenz fordern sie, die sozialen EU-2020-Ziele aufzuwerten, ihre Umsetzung voranzutreiben und dem Stabilitäts- und Wirtschaftspakt insofern gleichzustellen, als Verstöße gegen die Umsetzung der EU-2020-Ziele gleichermaßen mit Sanktionen belegt werden sollen. Eine grundsätzliche Kritik am Stabilitäts- und Wachstumspakt bleibt allerdings aus. Das neoliberale Konzept dieses Paktes wird nicht infrage gestellt, sondern lediglich ein partikularer sozialer Ausgleich gefordert. Die Linke würde einen solchen Alibi-Sozialpakt nicht mittragen, er wäre auch wirkungslos, solange der Stabilitäts- und Wirtschaftspakt ein soziales Europa faktisch verhindert. SPD und Grüne haben dem ESM und dem Fiskalpakt zugestimmt und damit genau das Gegenteil von dem abgesegnet, was einen Sozialen Stabilitätspakt ausmachen könnte. Hier haben sich die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe meiner Ansicht nach richtig verannt.

Linke, Grüne und SPD trennt in Fragen der Außenpolitik mehr, als sie eint. So sinnvoll es ist, Gemeinsamkeiten zu suchen: Wir sind noch in der Phase, in der wir die Unterschiede klar benennen müssen, um davon ausgehend Schnittmengen zu bestimmen, und vor allem, um die Punkte zu identifizieren, bei denen sich die eine oder die andere Partei zwingend bewegen muss, um eine Kooperation oder gar Koalition irgendwann möglich zu machen. Das Diskussionspapier ist eine Vorlage, genau dies zu tun. Mehr ist es nicht. 🌐

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Themenhefte (Auswahl)

- | | |
|--|--|
| 88 China und die Welt | 48 Internet Macht Politik |
| 87 Weltunordnung 21 | 47 Europäische Arbeitspolitik |
| 86 Neue Weltordnung 2.0 | 46 Globale Finanzmärkte |
| 85 Brasilien – Land der Gegensätze | 45 Von Dynastien und Demokratien |
| 84 Ernährung garantiert? | 44 Modernisierung und Islam |
| 83 Arabische Brüche | 43 Großmächtiges Deutschland |
| 82 Autoritarismus Global | 42 Europäische Außenpolitik |
| 81 Atomare Abrüstung | 41 Transatlantische Perspektiven II |
| 80 Japan in der Katastrophe | 40 Transatlantische Perspektiven I |
| 79 Rohstoffpoker | 39 Wohlfahrt und Demokratie |
| 78 Polen regiert Europa | 38 Politisierung von Ethnizität |
| 77 Vom Fremden zum Bürger | 37 Vergelten, vergeben oder vergessen? |
| 76 Herausforderung Eurasien | 36 Gender und IB |
| 75 Exit Afghanistan | 35 Krieg im 21. Jahrhundert |
| 74 Vergessene Konflikte | 34 EU-Osterweiterung im Endspurt? |
| 73 Klimapolitik nach Kopenhagen | 33 Entwicklungspolitik |
| 72 Südafrika und die Fußball-WM | 32 Balkan – Pulverfaß oder Faß ohne Boden? |
| 71 Selektive Grenzen | 31 Recht in der Transformation |
| 70 Brodelnder Iran | 30 Fundamentalismus |
| 69 Europäische Brüche | 28 Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 68 NATO in der Sinnkrise | 27 10 Jahre Transformation in Polen |
| 67 Außenpolitik in Schwarz-Rot | 26 (Ab-)Rüstung 2000 |
| 66 Energiesicherheit Deutschlands | 24 Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 65 Naher Osten – Ferner Frieden | 21 Neue deutsche Außenpolitik? |
| 64 Konfliktherd Kaukasus | 20 Demokratie in China? |
| 63 Geopolitik Ost | 19 Deutsche und Tschechen |
| 62 Zerrissene Türkei | 18 Technokratie |
| 61 Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 17 Die Stadt als Raum und Akteur |
| 60 Russische Moderne | 16 Naher Osten – Region im Wandel? |
| 59 EU-Außenpolitik nach Lissabon | 14 Afrika – Jenseits des Staates |
| 58 Regionalmacht Iran | 12 Globaler Kulturkampf? |
| 57 Ressource Wasser | 11 Europa der Regionen |
| 56 Militärmacht Deutschland? | 8 Reform der UNO |
| 55 G8 Alternativ | 7 Integration im Pazifik |
| 54 Identität Europa | 6 Zerfall von Imperien |
| 53 Rotes China Global | 5 Migration |
| 52 Deutsche Ostpolitik | 3 Realer Post-Sozialismus |
| 51 Geheime Dienste | 2 Chaos Europa |
| 50 Kerniges Europa | 1 Neue Weltordnung |
| 49 Militär in Lateinamerika | |

Bestellen Sie ...

... mit einer Mail an bestellung@welttrends.de

... auf www.amazon.de – Suchwort „WeltTrends“